

Konfliktkonstellationen deutscher Außenpolitik

Überarb. Vortrag mit Folien und Erläuterungen beim Sofor-Seminar Okt. 2021

(Paul Schäfer)

Konfliktkonstellationen deutscher Außenpolitik

Gliederung

- I. Zwischen Apokalypse und Aufbruch
- II. Status Quo: Probleme und Widersprüche
- III. Die weltpolitischen Akteure
- IV. Empfehlungen und Vorschläge für eine progressive Außenpolitik
- V. Nachdenken über Europa
- VI. LINKE Außenpolitik neu justieren

Sofor Seminar 2021, Paul Schäfer

Eve of destruction

Yeah, my blood `s so mad, feels like coagulin`
I` m sittin` here just contemplatin`
I can` t twist the truth, it knows no regulation
Handful of senators don` t pass legislation
And marches alone can` t bring integration

When human respect is disintegratin`
This whole crazy world ist just too frustratin`

Tell me over and over and over agian, You don` t
believe
We `re on the eve of destruction

(Barry Mc Guirre, Eve of Destruction, 1965)

Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 1

I. Zwischen Apokalypse und Aufbruch

a. Krisenprozesse



Die ehemalige Jerusalem-Korrespondentin der Frankfurter Rundschau, Inge Günther, fühlte sich in den Augusttagen 2021 an den ersten Protestsong, der 1965 Nr. 1 der US-Charts wurde, erinnert: „Eve of Destruction“.

Und tatsächlich hatten die Fernsehbilder etwas Apokalyptisches: Flutkatastrophen an der Ahr und anderswo, Waldbrände von Kalifornien über Amazonien, den Mittelmeerraum bis nach Sibirien; anhaltende Dürre in Jemen oder auch Südspanien; die Kranken und Toten der Corona-Pandemie und die Videos vom Flughafen Kabul, wo Zehntausende panisch der Taliban-Machtübernahme entfliehen wollten. Auch die Erinnerung an den Sturm der fanatisierten Trump-Anhänger auf das Kapitol vom 6. Januar 2021 war noch präsent.

Dies alles vermittelte in der Tat den Eindruck, dass wir es mit einer Vielfalt von Krisenphänomenen zu tun haben, die sich wechselseitig verstärken: Umweltzerstörung, Epidemien mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, Krisen des politischen Systems der Demokratie, Gewalt szenarien. Eine aus den Fugen geratene Welt, die der menschlichen Kontrolle mehr und mehr zu entgleiten droht.

Zwei Beispiele genügen, um einen Eindruck von den globalen Auswirkungen und Verknüpfungen zu bekommen:

CoVid 19 = Der erreichte Grad der Globalisierung führt unweigerlich dazu, dass in relativ kurzer Zeit sich ein todbringendes Virus in alle Richtungen ausbreitet und auch durch Grenzschießungen kaum aufzuhalten ist. D.h. auch: Solange die Impfquote in Afrika bspw. zwischen zwei und drei Prozent liegt, wird es auch schwierig sein, die Pandemie gänzlich unter Kontrolle zu bringen. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Armen und die eher schwachen Entwicklungsländer sind gravierend. Dass damit wieder neue Fluchtbewegungen und

Gewaltausbrüche verbunden sein können, die auch wieder auf den „Norden“ zurückwirken, liegt auf der Hand! Auch die weltweiten Lieferketten sind betroffen: Wenn in China Produktionsstätten und Logistikhäfen vorübergehend geschlossen werden müssen, stockt hierzulande nicht nur die Automobilproduktion. Und ob die Weihnachtsgeschenke rechtzeitig eintreffen, ist fraglich.

Urwaldvernichtung am Amazonas = Hier geht es um Rohstoffausbeutung vor Ort, die durch staatliches Nicht-Handeln (Patronage-Staaten) im Interesse der Plünderer protegiert wird, um das Geschäft transnationaler Konzerne, die im Soja-Geschäft involviert sind, um die EU, die diese Wirtschaftsbeziehungen fördert und um die Verbraucher*innen in den kapitalistischen Metropolen, die nach dem Fleischkonsum verlangen, der durch Brandrodungen und großflächigen Futtermittelanbau erst ermöglicht wird. Dabei war von den weltweiten Klimaveränderungen, die der Raubbau an der Natur hervorgerufen wird, noch gar nicht die Rede.

Die verschiedenen Katastrophen und Tragödien könnten auch als Vorzeichen eines elementaren Zivilisationsbruchs gedeutet werden. Sie sind schließlich von Menschen gemacht bzw. mitverursacht. Umgedreht: Sie können auch durch das Handeln der Menschen verhindert werden. Und diesbezüglich gibt es zumindest viele Indizien, die darauf hinweisen, dass Menschen rund um den Globus die Tragweite dieser Krise bewusst wird und sie ihr Handeln danach ausrichten, etwas dagegen zu tun.

b. Gegenbewegungen

b. Gegenbewegungen

- Klimaabkommen Paris und Sustainable Development Goals (2015)
- EU-Green Deal
- Empfehlungen der Wissenschaft (Klimarat)
- Atomwaffenverbotsvertrag
- Wissenschaftliche Entwicklungsfortschritte (Pandemie, e-Kerosin)
- Fridays for Future





© Jörg Farys / Fridays for Future



Vote on the final draft of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, 7 July 2017.
● – Ja; ● – keine Beteiligung

Solfer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 4

Den apokalyptischen Bildern hätte man also durchaus hoffnungstiftende Eindrücke entgegenstellen können: Initiativen für fairen Welthandel, der den Erzeuger*innen in den Entwicklungsländern nützt, das Engagement von Menschen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen in den nach Asien, Afrika und Lateinamerika verlagerten Produktionsstätten, Wiederaufforstungsinitiativen im subsaharischen Afrika, Forschergruppen, die durch Seegrasanpflanzungen die Absorption von CO₂ durch die Ozeane (natürliche Senken) verstärken wollen,

politische Bewegungen für ein globales Umsteuern zur Rettung des Klimas und der Umwelt, wie die Fridays for Future und vieles mehr.

Das Problem ist: Es handelt sich um Gegenbewegungen, um die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, um Ansätze veränderten Verhaltens in den Gesellschaften. Die „große Politik“ läuft hinterher oder verharrt gerne im „Weiter so“. Immerhin gibt es inzwischen zahlreiche internationale Deklarationen und Abkommen, mit denen die Staatenwelt auf den immer sichtbarer werdenden Handlungsdruck und die Alternativbewegungen reagieren muss. Am bedeutendsten ohne Zweifel das Klimaschutzabkommen von Paris und die in den Vereinten Nationen beschlossenen Sustainable Development Goals (Nachhaltigkeitsziele). Beides aus dem Jahre 2015. Noch muss gesagt werden, dass die 17 SDG`s allesamt nicht konsequent umgesetzt werden, wenn überhaupt. Aber mit diesen umfassenden Zielen, die für alle Staaten und Gesellschaften gelten, ist ein Maßstab für die Beurteilung des Regierungshandelns gesetzt. Auf dieser Basis kann erheblicher Druck auf die verantwortlichen Akteure ausgeübt werden. Die sozialökologische Transformation steht damit auf der internationalen Agenda obenan, und das wird sich noch verstärken.

II. Status Quo: Probleme & Widersprüche

Probleme & Widersprüche

- **Gegenläufigkeit:**
Umwelt und Klima = Kooperation
Sicherheit = Konfrontation
- **Diskrepanzen:**
Unterschiedliche Voraussetzungen für Politik der Nachhaltigkeit (globale Ungerechtigkeit)
- **Blockaden:**
bestehende Besitz- und Machtverhältnisse –
international und national
- **Deregulierung:**
Beeinträchtigung globaler Regulationsfähigkeit –
Marginalisierung der UNO

Sofer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 5

Die Diskrepanz zwischen der sich verschärfenden Problemlage und den Reaktionen der maßgeblichen Akteure in der internationalen Politik kann auch an folgenden Punkten festgemacht werden:

Die Ökologiekrise, die ja grenzüberschreitend wirkt, verlangt kategorisch ein enges Zusammenwirken aller Staaten, der Regionen etc., um geeignete Gegenstrategien umzusetzen. Diese Einsicht ist durchaus verbreitet und die Ansätze zu mehr Kooperation in der Umweltpolitik sind unverkennbar. Zugleich verschärft sich der hegemoniale

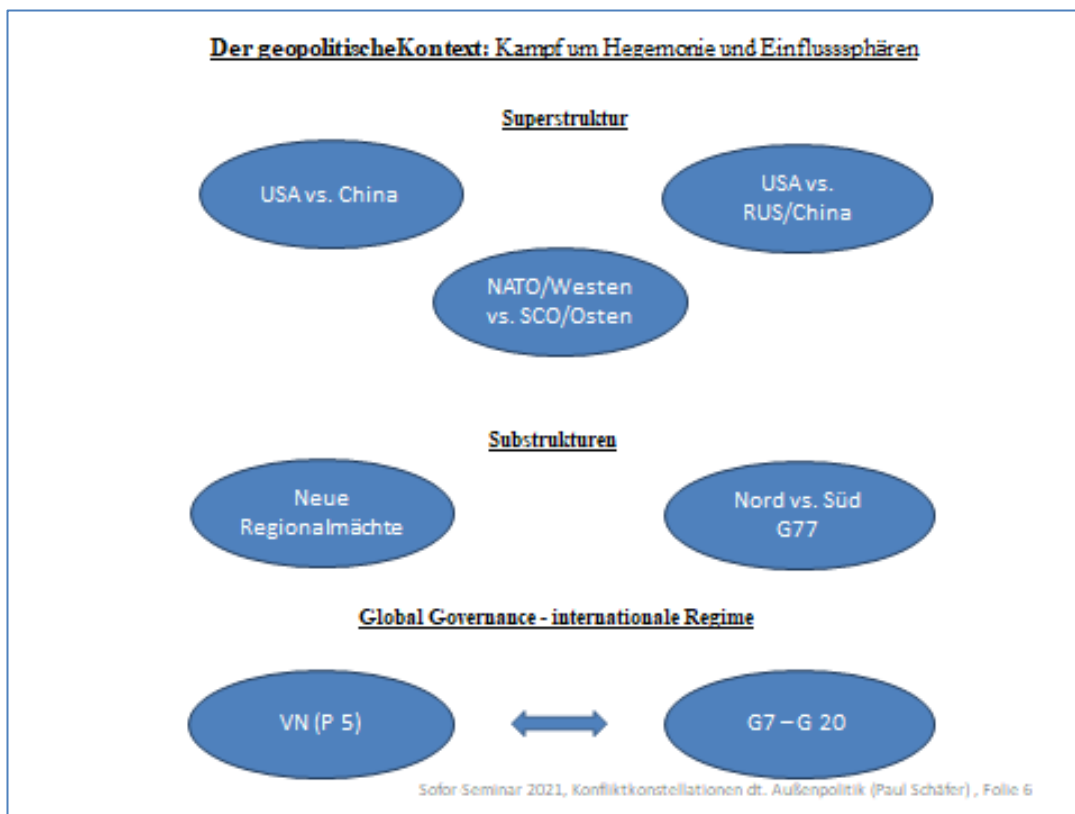
Wettstreit zwischen den führenden Mächten „des Westens“ mit China und Russland, bzw. anderen aufstrebenden Regionalmächten. D.h. auch, dass sich in der „Sicherheitspolitik“ gegenläufige Tendenzen verstärken: Konfrontation statt Kooperation. Die dadurch ausgelösten Aufrüstungsschübe entziehen den Staaten wiederum erhebliche Mittel, die für die Bewältigung der Umweltkrisen vonnöten wären.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Schere zwischen den reicheren Industrienationen und den Entwicklungsländern weiter geöffnet. Die damit einhergehende Zunahme von Armut, Hunger, der Schwächung ohnehin schon fragiler Staaten und neue Gewalteskalationen, sind keine gute Grundlage, um gemeinsam die SDG-Umsetzung anzugehen.

Die letzten Jahrzehnte des neoliberalen Kapitalismus und egoistischer staatlicher Politiken haben auch bewirkt, dass wichtige Stützpfeiler einer regelbasierten und auf Stärkung des Systems der Vereinten Nationen beruhenden Weltordnung weggebrochen sind. Die UNO ist auf die Bereiche humanitäre Hilfe und nachsorgende Krisenbewältigung abgedrängt, ihre Regelungs- und Koordinierungsfunktion ausgehöhlt worden.

Der neue Wettlauf um globale Hegemonie, regionale Vorherrschaft und jeweilige Einflussphären sind keine gute Voraussetzung für die nötige Trendwende. Dies zeigt, wie komplex und kompliziert der Kampf für eine nachhaltige und solidarische Weltordnung sein wird. Bestehende Besitz- und Machtverhältnisse sind zu überwinden!

Geoökonomischer und geopolitischer Kontext



Das Schaubild gibt nur einen sehr groben Einblick in die Grundstrukturen der Internationalen Beziehungen heute. Die Dinge sind zudem im Fluss und die Fachleute stellen sehr unterschiedliche Betrachtungen (Spekulationen) an, wie die künftige multipolare Welt aussehen wird. So hat jüngst der einflussreiche Herfried Münckler eine „Weltordnung ohne Hüter“ (in: Blätter für dt. und internat. Politik, 10/21) prophezeit. Was aber nichts daran ändern würde, dass wir es mit einer hierarchischen Ordnung zu tun haben. Die USA und China blieben nach Münckler

dabei die größten Akteure, ihnen folgend Russland, die EU (falls sie zusammenbleibt) und, unter bestimmten Voraussetzungen, Indien.

Immerhin kann eine Annahme als wahrscheinlich angenommen werden: Die heute bestehende Fragmentierung der Welt wird uns noch längere Zeit begleiten. Und dies allein ist mit Blick auf die global zu bewältigenden Herausforderungen als bedrohlich einzuschätzen.

Dass sich an der Spitze ein Zweikampf zwischen den USA und China abzeichnet, ist auch kaum zu leugnen. Aber, das hat der britische Historiker Eric Hobsbawm schon vor einiger Zeit festgestellt: Die Welt von heute ist zu groß und komplex geworden, um von einer Macht beherrscht zu werden. Diese Aussage dürfte nicht nur für eine unipolare, sondern auch für eine bipolare Welt zutreffen. Trotzdem bleiben die USA und China die „Supermächte“ des 21. Jahrhunderts. Damit sie vorne bleiben können, sind sie auf Allianzbildungen angewiesen. Die NATO ist und bleibt das wichtigste Bündnis, mit dem die USA ihre weltpolitische Rolle ausüben. Um der chinesischen Herausforderung zu begegnen haben sie jüngst mit Großbritannien (das damit eigene neoimperiale Ambitionen verbindet), Kanada und Australien die Allianz AUKUS gegründet; möglicherweise die Keimzelle einer „pazifischen NATO“. Mittels solcher Strukturen werden die Staaten auf Mobilmachung gegen gemeinsame äußere Feinde eingeschworen, werden Waffengeschäfte angebahnt, Bündniszwänge geschaffen. China hat sich seinerseits mit dem Shanghai Kooperationsrat, BRICS und bilateralen Abkommen einen eigenen Einflussbereich geschaffen.

Die Spielfelder des neuen Hegemonialkonflikts sind:

- Finanz- und Handelspolitik (Zölle, Sanktionen, Schiedsgerichte)
- Technologiepolitik (FE-Förderung, Lizenzen, Handelsbeschränkungen)
- Regionale Einflusszonen (v.a. südchinesisches Meer, Nahost)
- Militärpolitik (Rüstungsmodernisierung, Waffenhandel, Bewegungsräume)
- Ordnungssysteme („systemischer Konflikt“)

Im Schaubild fehlt auch die „klassische“ Triadenkonkurrenz, zwischen USA, Japan, Europa. Diese Konkurrenz zwischen den drei kapitalistischen Zentren findet weiter vor allem geökonomisch und weniger geopolitisch statt. Dies hat damit zu tun, dass die Europäische Union zwar über den höchsten Anteil am globalen BIP und den größten Binnenmarkt verfügt, darauf gestützt auch handelspolitisch beträchtlichen Einfluss ausübt, aber als unmittelbar politisch gestaltende Kraft in der Weltpolitik eher bescheidenes Gewicht hat.

Summa summarum soll mit dem Schaubild nur ein erster Eindruck vermittelt werden, dass wir es mit einer Art Mehr-Ebenen-System zu tun haben, in dem a) global, regional, lokal um größtmöglichen Einfluss gerungen wird und b) sich das Übergewicht der Großmächte gegenüber den Strukturen/Organisationen globalen Regierens weiter fortsetzt. Eingefügt werden müsste in ein solches Schema auch der Einfluss der transnationalen Unternehmen (TNCs), die durch die neoliberale Globalisierung ein enormes Gewicht in den internationalen Beziehungen erlangt haben,

III. Die weltpolitischen Akteure

USA: America is Back Again – Really?

- Größte Militärmacht der Geschichte
- Global Power Projection? Nach 20 Jahren Krieg: Niederlage in Afghanistan
- Was bleibt: Wirtschaftsmacht / HighTech-Konzerne / Gewicht in internationalen Gremien
- Der Guantanamo-Effekt: Erhebliche Legitimationsverluste
- Neue elementare Herausforderung durch China

US-Strategie

- Wollen unangefochtene Weltmacht Nr.1 bleiben
- Daher militärischen Vorsprung ausbauen, technologische Vormachtstellung behaupten, Handelspolitiken
- „Pivot to Asia“ – neue Allianzbildung



Sofo Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 7

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Vorstellung, dass nur die USA berufen seien, als einzigartige Macht für die Ordnung der Welt und ihre demokratische Läuterung zu wirken, die Grundlage des außenpolitischen Denkens und Handelns der USA („exceptionalism“). Dieser Missionarismus, der sich auch regelmäßig in gewaltförmigen Interventionen Bahn brach, wurde bisher nur kurzzeitig (nach Niederlagen wie Vietnam) gedämpft, aber auch wieder aufgelegt. Jetzt – nach dem Debakel der Invasionen in Afghanistan und Irak – hat Außenminister A. Blinken von einem „abgespeckten Exzeptionismus“ gesprochen. Damit drückt sich ansatzweise aus, dass sich Teile der US-amerikanischen Elite der Tatsache bewusst sind, dass ihre globale Gestaltungsmacht beträchtlich gelitten hat und nicht wiederherstellbar sein wird. Aber ihre immer noch gegebene Vormachtstellung wollen sie mit Zähnen und Klauen verteidigen – auch gegenüber Emporkömmlingen wie China. Und damit auch ihr „naturgegebenes“ Recht, wenn es sein muss, im Alleingang zu handeln.

Dafür setzen sie auf den Ausbau ihrer ohnehin weit überdimensionierten Militärmacht, die sie für Abschreckungs- Einschüchterungs- und Unterwerfungszwecke nutzen wollen. Die USA haben im vergangenen Jahr 738 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben viermal so viel wie China und zwölfmal so viel wie die Russische Föderation. Mit über 800 Militärbasen in über 80 Ländern der Welt, sind nur die USA in der Lage, aus dem Stand weltweit zu intervenieren. Zugleich haben die schmachvollen Niederlagen im Irak oder Afghanistan offen gelegt, dass diese gewaltige Militärmaschinerie nicht in der Lage ist, sog. asymmetrische Kriege/Konflikte für sich zu entscheiden. Die USA mussten nach zwanzig Jahren Krieg und exorbitanten Kriegskosten fluchtartig das Feld den Taliban in Kabul überlassen.

Der von den USA nach den Anschlägen von 9/11 ausgerufenen „War On Terror“ und der Versuch gestützt auf Waffengewalt eine „New World Order“ zu schaffen, sind gescheitert. Geblieben ist ein gravierender Verlust an moralischer und politischer Legitimation. Guantanamo, Abu Ghraib, CIA-Foltergefängnisse, gezielte Tötungen – die Gesamtheit der Verstöße gegen geltendes Völkerrecht und gegen eigene Moralvorstellungen haben das Bild Amerikas in der Welt verfinstert (hinzu kommt der Rassismus im eigenen Land) und Handlungsspielräume

beeinträchtigt. Der Historiker Bernd Greiner spricht diesbezüglich vom „Ende des amerikanischen Jahrhunderts“ (in: Blätter für dt. u. internat. Politik 9/21)

Dennoch bleiben die USA ein maßgeblicher Machtfaktor: Hier genügt schon der Hinweis auf die dominante Rolle der US HighTech-Konzerne, der Wall Street, auf den großen Binnenmarkt („Nachfragemacht“) und auf das Stimmengewicht in den internationalen Gremien. Er kann ergänzt werden durch den Hinweis auf die ca. 6 Billionen Dollar umfassenden Investitionsprogramme des US-Präsidenten Biden, der damit die sozialen Folgen von Corona abfedern, die marode Infrastruktur des Landes beheben und den ökologischen Umbau - um die USA bis 2050 klimaneutral zu machen – auf den Weg bringen wollte (auf zehn Jahre verteilt). Die tatsächliche Summe wird wegen des Widerstandes der Republikaner und konservativer Demokraten im Kongress drastisch kleiner werden. Der Vorgang verdeutlicht dreierlei: a) Die enorme Wirtschaftskraft des Landes, die durch die machtpolitisch bedingten Möglichkeiten des Schuldenmachens zu Lasten Anderer erweitert wird, b) das Ausmaß der über Jahrzehnte vernachlässigten Investitionen in Infrastruktur und Öffentliche Daseinsvorsorge im reichsten Land der Erde und c) die Borniertheit eines Teils der herrschenden Klasse der Superreichen, die nur ihre egozentrischen Belange im Auge hat.

Als Weltmacht Nr. 1 sind die USA erstmals durch einen Rivalen herausgefordert, der mehr als 60% des eigenen BIP erreicht (die UdSSR erlangte nie mehr als 30%), der diese Kluft rasant verringert, der in der Breite technologisch aufgeschlossen hat (auch wenn es an der Spitze fehlt - spezielle Chips etwa), und der mit dem Projekt Seidenstraße ein Infrastrukturprogramm angestoßen hat, das China zum Magnetkern künftiger globaler Wirtschaftsprozesse machen soll. Daher ist die Wendung der USA nach Asien konsequent; die EU droht zweitrangig werden. Nicht erst unter Biden haben die USA begonnen, auf die neue Herausforderung zu reagieren. In ihrem früheren „Hinterhof“ Lateinamerika etwa haben sie ein Gegenprogramm entwickelt - „Growth in the Americas“ – das US-Finanzhilfen und Direktinvestitionen vorsieht und die Empfänger dazu bringen soll, Handelsbeziehungen mit China einzuschränken. Dazu gehören Lizenzverweigerungen für Huawei oder andere Boykottmaßnahmen gegen chinesische IT-Unternehmen. Im neu gefassten Handelsabkommen Nafta (mit Kanada und Mexiko) haben sich die USA quasi ein Vetorecht in die Außenwirtschaftspolitik der Vertragspartner gesichert. Dem Programm „Growth in the Americas“ sind inzwischen 14 Staaten beigetreten. Auf die Kooperation mit China wollen sie gleichwohl nicht verzichten. Was als Wettlauf um Afrika begonnen hat, setzt sich auf anderen Kontinenten fort.

Die NATO - hirntot oder weiter stabil?

NATO

- Neues strategisches Konzept? Alte Feindbilder
- Festhalten an nuklearer Abschreckung und konventioneller Aufrüstung
- Modernisierung A-Waffen / Taylorisierung
- Festschreibung der Vorwärtsstationierung (Baltikum etc.)
- Politisches Konsultationsforum? Fehlanzeige
- Konsequenzen aus Afghanistan? Nicht erkennbar. Stattdessen:
- 360-Grad-Ansatz - Krisenmanagement global



Sofer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 11

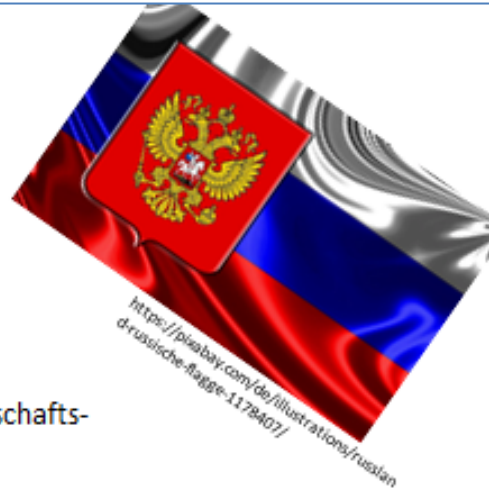
Der französische Präsident Macron hat die NATO vor einiger Zeit unter dem Eindruck der US-zentrierten Regentschaft Donald Trumps als „hirntot“ bezeichnet. Dass Frankreich wie in De Gaulles Zeiten zumindest partiell aus der Militärallianz ausscheidet, ist dennoch nicht zu erwarten. Macron wollte wohl eher darauf hinaus, dass die EU endlich mit dem Auf- bzw. Ausbau einer EU-Militärunion ernst machen sollte. Die deutschen Versuche, die NATO zu einem ernsthaften politischen Konsultationsforum des „Westens“ zu machen, sind bisher stets gescheitert und auch jetzt macht die NATO den Eindruck eines ziemlich unbeweglichen Kolosses, der weitermacht wie bisher. Immerhin hatte man vor zwei Jahren ein hochrangiges Expertengremium damit beauftragt, Vorschläge für eine umfassende Reform des Militärbündnisses zu machen. Das Ergebnis der Kommission: Das Bündnis soll am Gegner Russland festhalten und dies durch das neue Feindbild China ergänzen. Dies soll als verbindliche Formel (evtl. in einem neuen strategischen Konzept) festgeschrieben und die Mitglieder sollen zu weiteren Rüstungsbemühungen (2% Aufrüstungsziel) gedrängt werden. Dies schließt das Festhalten an der nuklearen Abschreckung und der Modernisierung der Nuklearwaffen ein. Unter Anpassung an verändertes Umfeld versteht die Kommission, dass die NATO einen 360-Grad-Ansatz verfolgen, also ihre Bemühungen um globales Krisenmanagement verstärken sollte. Wie dieses ambitionierte Ziel nach den desaströsen Erfahrungen in Afghanistan realisiert werden soll, bleibt das Geheimnis der „NATO-Experten“. In den Beschreibungen der Strategen tauchen auch die globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme auf, um diese Felder aber flugs anderen Institutionen zuzuweisen; die NATO will für Kriege und Rüstung zuständig bleiben.

Ein altes Spannungsfeld bleibt erhalten, und spitzt sich möglicherweise zu (s. den jüngsten Konflikt zwischen den USA und Frankreich über Atom-U-Boot-Lieferungen an Australien): In welchem Verhältnis sollen die NATO-Rüstungs- und Einsatzpläne und die angestrebte EU-Militärunion zueinander stehen? Der Streit schwelt seit den 90er-Jahren, und wird bisher mit Formelkompromissen (Berlin 1995) überbrückt. Wieviel Eigenständigkeit wird die EU im Rahmen ihrer Integrationsbemühungen erlangen? Soll es eine vereinbarte Arbeitsteilung geben usw. usf.

Die russische Föderation – Italien mit Atomraketen?

Russische Föderation

- Militärisch: Weltmacht;
wirtschaftlich: Regionalmacht
- Sicherung des Herrschaftsbereichs
– Rote Linien: Georgien und Ukraine
- Plafonderweiterung – Eurasische Wirtschafts-
gemeinschaft
- Go East: Abwendung vom Westen – Allianz mit
China und Anderen
- Versuche zur Reanimierung globaler Macht: Nahost und Afrika



Sofer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 10

Altkanzler Helmut Schmidt hatte die Sowjetunion einst als „Obervolta mit Atomraketen“ geschmäht. In Abwandlung könnte man heute sagen: „Italien mit Atomwaffen“. Das BIP Russlands entspricht in etwa dem Italiens. Was mit Blick auf die Größe des Landes und seine Bevölkerungszahl Einiges zum (nicht) erreichten Wohlstandsniveau aussagt. Dies hat Moskau unter Putin nicht daran gehindert, ein umfassendes Modernisierungsprogramm der strategischen Streitkräfte (Putin-Rede 2017). aufzulegen. Nach den Demütigungen in Afghanistan und Tschetschenien haben die Streitkräfte der Föderation im postsowjetischen Raum und im Vorderen Orient ihre Schlagkraft unter Beweis gestellt. Das Hauptproblem des „russischen Bären“: RUS verfügt über immer noch beträchtliche Rohstoff-Ressourcen, die aber im postkarbonen Zeitalter immer weniger benötigt werden. Die bisweilen durchschimmernde Hoffnung auf ein durch den Klimawandel bewirktes „Agrarland Sibirien“ für die Zeit danach, erscheint mehr als gewagt, ja abenteuerlich.

Russland hat auf die Zurückweisungen des Westens 1990 ff. auf spezifische Weise reagiert. In Georgien und der Ukraine hat man rote Linien abgesteckt. Sinnbildlich: Bis hier hin und nicht weiter. Der Blick hat sich zugleich mehr und mehr gen Osten gerichtet. Um der Dominanz und Arroganz des Westens zu begegnen setzt man auf ein Bündnis mit China, erweitert den eigenen Handlungsspielraum (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft), baut systematisch Gegenstrukturen zur „liberalen Weltordnung“ auf (das reicht von der Förderung ultrarechter Gruppierungen im Ausland, den Propagandasender Russia Today, Gründung eigener NGO's bis zu bilateralen Handels- und Militärabkommen). Durch die Intervention im Syrien-Bürgerkrieg hat man wieder einen Fuß im Machtpoker der Nahost-Region. Die Bemühungen um wirtschaftlichen und politischen Einfluss darüber hinaus – Afrika. Asien – sind jedoch nicht durchgängig erfolgreich. Moskaus Einfluss und Reichweite bleiben begrenzt. Gerade diese Diskrepanz zwischen Weltmachtsanspruch und realer Gestaltungskraft macht RUS zu einem schwierigen Partner. Aber solange in Moskau „Realisten“ regieren“ müssen alle Möglichkeiten der Kooperation genutzt werden!

China – das Reich der Mitte?

China- Reich der Mitte?

- Weltmacht des 21. Jahrhunderts?
- Technologiemacht
- Hegemonieanspruch:
Neue Seidenstraße (common goods)
- Außenpolitik: Zwischen globaler Harmonie und Großmachtchauvinismus
- Ordnungs-, gesellschaftspolitische Herausforderung

Chinas Rolle: nützlich oder schädlich?

Gut:
Mehr Spielräume für die emerging states und die Entwicklungsländer
FDI's = sinnvolle
Entwicklungsförderung
(Infrastrukturen)

Schlecht:
Bilaterale Abkommen
(Unterbietungswettbewerb)
Koloniales Muster –
Rohstoffausbeutung gegen
Fertigwaren
Festschreibung autokratischer Regime
Politische Abhängigkeiten

http://pixabay.com/de/illustrations/für-achen-chinesisch-hintergrund-2461979/

Sofo Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 8

Dass China in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zur stärksten Wirtschaftsnation aufsteigen wird, gilt für die meisten sachkundigen Beobachter*innen als ausgemacht. 2015 kündigte Staatspräsident Xi Ping unter der Überschrift „Made in China 2025“ an, dass China in kurzer Zeit zur technologischen Weltspitze aufsteigen wolle. Tatsächlich gilt schon seit einiger Zeit, dass China nicht mehr nur die Werkbank des Westens, sondern auch im HighTech-Bereich konkurrenzfähig ist. Mit dem nahezu weltumspannenden Projekt „Neue Seidenstraße“ verfolgt die Volksrepublik ein fulminantes Programm, das sich ohne Wenn und Aber auf die Geschichte mongolischer/chinesischer Welt-Hegemonie bezieht, die unter modernen Vorzeichen neu aufgelegt werden soll. Unter Hegemonie wird im „gramscianischen Sinne“ eine Herrschaftsform bezeichnet, die weniger auf physischen Zwang, sondern stattdessen darauf setzt, den anderen Staaten/Nationen Gemeingüter (common goods) zur Verfügung zu stellen und abzusichern; in diesem Fall die Organisation und den Schutz der internationalen Handelswege. Die Eröffnung und Sicherung der Handelswege ist zudem mit Krediten, Infrastruktur- und anderen Kapitalinvestitionen verbunden, die auch der Entwicklung vor Ort dienen sollen. Das heutige China erlegt den Partnern keinen Vasallenstatus auf (mit Kotau in Peking), erwartet aber dennoch politische Loyalität. Der beträchtliche Export von Anti-Corona-Impfstoff und anderer medizinischer Hilfsgüter in die ärmeren Weltregionen kann getrost unter der Rubrik „globale Einflussgewinnung“ abgehakt werden.

Ob sich die chinesische Außenwirtschaftspolitik durchgängig positiv oder eher negativ auf die beteiligten Länder auswirkt, darüber gibt es kontroverse Ansichten. Manche Folgerungen scheinen zu wenig empirisch gesichert und ggf. voreilig. Widersprüche bleiben: Die Kreditvergabe in erheblichem Umfang nützt der „Dritten Welt“. Für die lateinamerikanischen Staaten etwa, die sich in den 80er-Jahren hoch verschuldeten und sich den sog. Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds unterwerfen mussten, bringen die chinesischen Finanzmittel, die in Form von Rohstoffen zurückgezahlt werden können, spürbare Erleichterungen. ... Grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen (Eisenbahnlinien in Afrika!) schaffen gute Voraussetzungen, um den dortigen Ökonomien auf die Beine zu helfen. Kritisch wird seit geraumer Zeit gesehen, dass die Investitionen teilweise durch chinesische Arbeitskräfte umgesetzt werden, also nur in geringem Umfang lokale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Auch scheinen Vorbehalte gegenüber den ökologischen Folgen des

chinesischen Engagements allzu berechtigt. Schließlich ist zu bedenken, dass die unkonditionierte Wirtschaftshilfe („Nichteinmischung“) von kleptokratischen, autoritären Regimen natürlich zur Sicherung ihrer privilegierten Stellung genutzt wird. Aber dies scheint nicht unbedingt ein Unterscheidungsmerkmal zu „westlichen Investitionen“ zu sein.

Fakt ist, dass die „westliche“ Staatenwelt auf die Offensive Chinas reagieren muss und der hegemoniale Wettlauf, der inzwischen weite Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas umfasst, von den dortigen Staaten auch genutzt werden kann, um den größtmöglichen Vorteil für die eigene Entwicklung herauszuholen. An den immensen sozialen Spaltungen und den ökologischen Problemen ändert dies indes allzu wenig, denn die Gewinner sind vor allem die oberen Klassen und Kasten.

Besorgnis erregend ist der Ausbau chinesischer Militärmacht zu nennen, der aber immer auch im Kontext US-amerikanischer Präsenz in der Region gesehen werden muss. Lange Zeit hat sich die Volksrepublik international extrem zurückgehalten und sich dabei auf philosophische Wurzeln berufen (das harmonische Gleichgewicht der Welt sichern). Diese Phase scheint Geschichte zu sein. Heute sind aus Peking durchaus aggressiv-nationalistische Töne zu hören, die mit provokanten Handlungen im ostchinesischen Meer verbunden sind. Es ist daher höchste Zeit, dass mit China über die Aufnahme von Verhandlungen über globale und regionale Rüstungskontrolle und Abrüstung gesprochen wird.

Der US-amerikanische Politologe Michael T. Klare hat jüngst (Blätter für dt. u. internat. Politik 10/21) darauf aufmerksam gemacht, dass China – neben den bekannten großen sozialen Herausforderungen (Überalterung, Stadt-Land-Gefälle etc.) - mit immensen ökologischen Bedrohungen konfrontiert sein wird. Die diesjährigen Flutkatastrophen (Taifune) haben nur einen Vorgeschmack darauf gegeben, was auf die extrem dicht besiedelten Küstenregionen künftig zukommt. Über 100.000 Sicherheitskräfte (Militär, Polizei) waren zeitweilig im Einsatz. Daraus hat Michael T. Klare die Überschrift „Klimaaopfer statt Kriegsmacht“ gedreht, die darauf abzielt, dass ein beträchtlicher Teil der chinesischen Aufrüstung wohl künftig für Katastrophenschutz gebraucht werden wird.

Auch dies macht Prognosen über ein imperiales China schwierig.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass China sehr offensiv für sein politökonomisches Ordnungsmodell in der Welt wirbt und damit wegen der offenkundigen Effizienz durchaus Wirkung erzielt. Auch kritische Köpfe wie der asiatisch geborene, US-amerikanisch sozialisierte und global außerordentlich kenntnisreiche Paragha Khanna haben inzwischen ihre Sympathie für vergleichbare zentral gelenkte Ordnungssysteme entdeckt (Singapur!). Damit ist der Diskurs über Werte und Normen, also letztlich darüber, welches Regierungs- und Gesellschaftssystem größtmögliches Glück für die größtmögliche Zahl bieten könne, eröffnet. Weder China noch Russland dürften dabei als Blaupause für zukunftsfruchtige und nachhaltige Entwicklung dienen. Die Staaten, die gerne die „liberale Weltordnung“ als „Wertegemeinschaft“ verkörpern, sind es - trotz der universell gültigen normativen Grundlage - wegen doppelter Standards und Widersprüchen in ihrer politischen Praxis nur sehr bedingt.

III. Empfehlungen und Vorschläge für eine progressive Außenpolitik

Verhältnis zu den USA

- Transatlantisches Bündnis auf neue Grundlagen stellen
- Lösung globaler Probleme und Konflikte ins Zentrum
- Für neue Friedens- und Entspannungspolitik werben
- Auf Augenhöhe begegnen

Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 12

Mit der Entspannungspolitik Ende der 60er/Beginn der 70 er Jahre (neue deutsche Ostpolitik), sollte der Kalte Krieg beendet und eine Annäherung zwischen den großen Blöcken NATO und Warschauer Pakt versucht werden. Die Architekten dieses politischen Abenteuers, Willy Brandt und Egon Bahr, waren sich sehr bewusst, dass der Weg dahin nur über Moskau führen könnte und dass sie dafür insbesondere den transatlantischen Partner USA ins Boot holen mussten. Es galt eine kluge Balance zu finden, zwischen eigenen Vorstößen und der diplomatischen Einbindung in bestehende Macht- und Bündnisstrukturen. Nur dies schien angesichts der damaligen Kräfteverhältnisse aussichtsreich. E. Bahr hatte dafür den Grundsatz formuliert. „*Transformation verlangt Stabilität*“. Die heutigen Spielräume für deutsche Politik sind durch die deutsche Vereinigung und die Schritte zur Politischen Union Europas zwar erheblich ausgeweitet worden. Alleingänge Berlins wären dennoch kontraproduktiv und zum Scheitern verurteilt. Daher wird es auch dieses Mal darauf ankommen, die USA und andere westliche und östliche Partner von einer anderen Russland-Politik zu überzeugen. Gerade gegenüber den USA wird es angezeigt sein, auf Schritte zur De-Eskalation, zu einem stabilen Miteinander zu drängen.

D.h. auch, dass ein neuer transatlantischer Dialog über globale Sicherheitspolitik, über nukleare und konventionelle Abschreckungsdoktrinen und über alternative Konzepte immer wieder angeschoben werden müssen. Dies wiederum setzt voraus, dass sich die Europäische Union bzw. eine relevante Koalition der Willigen in der EU darüber verständigen kann, dass die EU künftig eine eigenständige Position in der Weltpolitik einnehmen will. Auch hier bleibt Egon Bahr ein guter Ratgeber. Sein Leitgedanke, dass sich Europa „*von den USA emanzipieren müsse, ohne abzukoppeln*“ ist weiter goldrichtig.

Die auch in den USA wachsende Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zur Abwehr der Klimakatastrophe sollte zum Anlass genommen werden, die transatlantische Partnerschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Ein Multilateralismus auf Basis der Charta der Vereinten Nationen, der auf die Realisierung der Nachhaltigkeitsziele gerichtet sein sollte, sollte zum vorrangigen gemeinsamen Anliegen gemacht werden. Dies alles wird nicht ohne mitunter heftige Reibungen und Konflikte abgehen. Aber ohne Mut, gepaart mit kluger Diplomatie ist in der Außenpolitik kein Blumentopf zu gewinnen.

Verhältnis zur NATO

Bemühungen, die Atlantische Allianz zu einem wirklich politischen Bündnis zu machen, in dem auch Auseinandersetzungen über Strategie und normative Konzepte ausgetragen werden, hat es immer wieder gegeben. Die Grünen haben in ihrem Wahlprogramm nun eine Debatte über eine „*Neuausrichtung*“ der Atlantischen Allianz, die sie offensichtlich für nötig halten, gefordert. Die SPD hat zaghaft die Weiterentwicklung der NATO zu einem Konsultationsforum unter Partnern angeregt. Die schmächtig geendete NATO-Mission in Afghanistan hat jedoch schlagartig offengelegt, wie die Verhältnisse innerhalb der Allianz de facto sind: Die USA haben einseitig die Invasion beschlossen, den Abzug ebenso. Die (unprofessionellen) Verhandlungen mit den Taliban haben sie ebenso im Alleingang geführt. Außerdem: Nur mit den US-amerikanischen Ressourcen konnte die Hals über Kopf-Evakuierung der Militäreinheiten und der afghanischen Ortskräfte durchgeführt werden. Die Kräftekonstellation in der NATO ist deutlich auf diese US-Dominanz zugeschnitten. Ein wirklicher Diskussions- und Entscheidungsprozess über die Zukunft der Allianz ist wegen des Primats sicherheitspolitischer Abschreckung nicht vorgesehen. Ob eine Änderung gelingen kann, steht eher in den Sternen. Dennoch: Solange die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Allianz ist – und sie wird es aus bündnispolitischen Erwägungen bleiben – darf nichts unversucht gelassen werden, um eine andere Ausrichtung der Allianz zu erreichen. Dabei geht es um eine Umorientierung auf weitere Schritte der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa, auf Kooperation statt Konfrontation, um Brückenbau zur Russischen Föderation, die in längerer Perspektive auf eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss Russlands hinauslaufen sollte. Zunächst aber wird es darum gehen, gefährlichen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern und Schlimmeres zu verhüten. Debatten im Bündnis über die Russland- und Chinapolitik sind dabei unerlässlich, wie über die (nukleare) Abschreckungsdoktrin der Militärallianz und den irrationalen Versuch, immer weiter an der Aufrüstungsschraube zu drehen.

Damit bewegt man sich in hartem Widerspruch zu den Ergebnissen der Expertengruppe des NATO-Generalsekretärs (Wes Mitchell/Thomas de Maiziere als Vorsitzende), die eine Anpassung des Bündnisses an neue weltpolitische Gegebenheiten konzipieren sollte (s.o.).

Unmittelbar geht es also um folgendes:

- Keine Zustimmung zu einem strategischen Konzept der NATO, das auf eine harte Konfrontationspolitik mit Russland und China orientiert.
- Debatte über nukleare Einsatzdoktrin einfordern.
- Ein Moratorium bei der nuklearen Rüstung (FE & Beschaffung) vorschlagen und damit eine Idee des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mützenich aufgreifen,
- Das würde auch bedeuten, auf den Kauf/ die Beschaffung der F-18-Flugzeuge, die die nukleare Teilhabe Deutschlands über 2025 hinaus gewährleisten sollen, zu verzichten,
- Dem 2%-Aufrüstungsprogramm der NATO widersprechen, bzw. die nationale Nicht-Einhaltung offen auszutragen,
- Grundsätzlich darauf zu bestehen, dass eine andere Russland- und Chinapolitik neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen einschließen muss.

Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 13

Verhältnis zu Russland

- Sicherheitspolitischer Dialog + De-Eskalationsschritte
- Kooperation bei regionalen Konflikten
- Reaktivierung der OSZE
- Ökologische Transformation gemeinsam angehen
- Kritischer Dialog über Menschenrechte

Sofer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 14

- Ein umfassender sicherheitspolitischer Dialog ist aufzunehmen, der sich mit der Inkraftsetzung vertrauensbildender Maßnahmen (Wiener Dokument, Open Skies) ebenso beschäftigen sollte, wie mit Neuüberlegungen für konventionelle Abrüstung in Europa.
- Die Kooperation für die friedliche Lösung regionaler Konflikte ist unbedingt fortzusetzen. Das gilt für die Gruppe, die das Minsker Abkommen (Ukraine) ausgearbeitet hat ebenso, wie das Zusammenwirken zur Weiterentwicklung des Nuklearabkommens mit dem Iran.
- Eine Reaktivierung der OSZE sollte gemeinsam versucht werden. In der High Level Group (Vorsitz: M. Ischinger), die von der OSZE nach dem Konflikt um Krim und Ukraine eingesetzt wurde (2014/2015) und die ein Grundsatzpapier „Back to Diplomacy“ veröffentlichte, haben die russischen Vertreter leider keine konstruktive Rolle eingenommen. Dennoch sollte mit Blick auf das Jubiläumstreffen 2025 (50 Jahre Charta von Helsinki) der Versuch gewagt werden, die umfassende Agenda der damaligen Verhandlungen wieder aufzunehmen und an komplexen Friedenslösungen zu arbeiten.
- Die Kooperation zur Durchsetzung der ökologischen Wende und der SDGs muss eine hohe Priorität bekommen. Daher muss dringlich über Energie-, Forschungs- und Technologiepartnerschaften gesprochen werden, müssen Erfahrungen bei der sozialökologischen Transformation ausgetauscht werden und in gemeinsame Initiativen münden.
- Der kritische Dialog über die Menschenrechtslage und Demokratieeinschränkungen bleibt unverzichtbar; die in diesem Kontext verfügbaren harten wirtschaftlichen Sanktionen der EU haben jedenfalls nicht zu nachdrücklicher Verbesserung geführt und sollten daher sukzessive aufgehoben werden.

Verhältnis zu China

Die Europäische Union hat den Rahmen für ihre Beziehung zu China mit den Vokabeln „Partner“, „Wettbewerber“ und Rivale abgesteckt. Die Formel ist hinreichend allgemein, um alle Mitgliedsstaaten dahinter zu versammeln und sie ist flexibel genug, um ein breites Spektrum an Verhaltensmöglichkeiten abzudecken. Aber sie enthält grundsätzlich Richtiges. Nur lässt sie halt offen, in welchem Mischungsverhältnis die EU ihre Außenbeziehungen mit China zu gestalten gedenkt.

Wenn man in die Fußstapfen der USA treten will, gerät vermutlich die Rivalität in den Fokus, auf die dann mit sicherheitspolitischen Maßnahmen geantwortet werden muss. Setzt man auf die gemeinsame Verantwortung für den Planeten und erhofft sich von einer Partnerschaft positive Auswirkungen auch auf innerchinesische Entwicklungen, wird man die Kooperation für nachhaltige Entwicklung an die Spitze rücken. Von entscheidender Bedeutung dürfte sein, die grassierende Dämonisierung Chinas zu überwinden und alles zu tun, dass der harte militärisch untersetzte Konflikt deeskaliert wird. Nur so kann es Entspannung in der Region und darüber hinaus geben. Und davon können alle profitieren. Was die Wirtschaftsbeziehungen angeht, so sollte das Augenmerk auf die Schaffung von umweltverträglichen Win-Win-Situationen gerichtet werden. Dann verbieten sich v.a. politisch motivierte Strafmaßnahmen und Diskriminierungen in den Geschäftsbeziehungen fast von selbst. Marktvorteile sollten über Preise und Qualität der Produkte errungen werden und nicht durch bürokratische Handelsbeschränkungen. Auf einem anderen Blatt (und das gehört eben zu Win-Win) steht, dass natürlich die arbeits- und umweltpolitischen Umstände und Folgen von Investitionen mit berücksichtigt werden müssen.

Schlussfolgerungen bezgl. China

- EU: China als „Partner“, „Wettbewerber“, „Rivale“
- Entdämonisierung
- Strategische Kooperation: Ökologie
- De-Eskalation im Indopazifik (Negativbsp. Fregatte „Bayern“)
- Initiativen für Abrüstung und Rüstungskontrolle
- Politik der Zurückhaltung (Bsp. Uiguren)
- Menschenrechtsdialog im Rahmen der VN

Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 9

Der „systemische Konflikt“ ist indes keine Einbildung oder Ergebnis von Feindbildkonstruktionen. Wir wollen keinen umfassenden Überwachungs- und Repressionsstaat und können auch gerne auf eine von einer Monopartei gelenkte Medienlandschaft verzichten. Darüber sollte in den internationalen Gremien und bilateral gesprochen werden. M.a.W.: Einen kritischen Dialog führen. Dazu wird auch gehören, das Recht zivilgesellschaftlicher Kritiker*innen im Lande auf Meinungs- und Organisationsfreiheit zu verteidigen.

Ein paar generelle Vorschläge

Wenn nach den Grundlagen für eine progressive Internationale Politik gefragt wird, ist allgemein mit Friedenspolitik, nachhaltiger Entwicklung und Gerechtigkeit global zu antworten. Nur ein paar Anhaltspunkte dazu auf der nachfolgenden Folie, die hier nicht weiter erläutert werden. Siehe dazu: Paul Schäfer, Progressive Außenpolitik, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/21, vsa-Verlag .

Prinzipien, Leitsätze, Werkzeuge

I. Die Nachhaltigkeitsziele als Basistext

- Umfassender Ansatz, von allen umzusetzen, global governance
- Programm zur Rettung der Welt

II. Nachhaltige Entwicklung und Sicherheit zusammendenken

- Kein Weiter So. Kooperation statt Konfrontation
- Priorisierung der Ausgaben
- Neue Abrüstungsinitiativen

III. Menschliche Sicherheit an die erste Stelle setzen

- Staatsfixierte Militärlogik überwinden, War on Terror beenden,
- Fragen der menschlichen Entwicklung obenan (Ernährungssicherheit, Schutz vor staatlicher Gewalt, Abwehr von Umweltzerstörung)

IV. Geeignete Tools entwickeln

- Transparenz und Berichtspflicht (Finanzen, Steuern/ Klimaziele/ SDGs)
- Umsetzungskontrolle (Institutionen, Wissenschaft, Öffentlichkeit)
- Accountability/ Haftbarmachung
- VN-System stärken+ NGOs

Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer) , Folie 14

IV. Nachdenken über Europa

Europäische Union

- EU als weltpolitischer Akteur?
- Zwischen Erosion und Integration
- Kerneuropa oder Koalition der Willigen
- Utopie: Neue gesamteuropäische Erzählung

Schlussfolgerungen bezgl. EU

- Green Deal durchsetzen und weiterentwickeln
- Wirtschafts- und Sozialunion als Basis internationaler Stärke
- demokratische Normen und Werte respektieren (wider Doppelstandards)
- andere Flüchtlings- und Migrationspolitik
- zentral: eigene Rüstungskontroll- und Abrüstungsagenda
- Aufbau Militärunion in Frage stellen
- Präventive Krisendiplomatie
- Zivile Konfliktbearbeitung



publicdomainvectors.org

Sofer Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 13

Die EU wird als Handlungsrahmen deutscher Politik immer wichtiger werden. Denn nur in diesem Verbund wird sich der Alte Kontinent auch wirkungsvoll behaupten können. Die EU ist wirtschaftspolitisch immer noch stark und sie hat auch die Finanzkrise und die Corona-Pandemie glimpflich überstanden. Aber weltpolitisch sitzt sie bestenfalls an der Zweiten Geige. In nahezu allen Krisen der jüngeren Zeit hat die EU keine nachhaltigen und positiv zu wertenden Spuren hinterlassen. Ob wir nach Afghanistan blicken, nach Nahost (Syrien, Israel/Palästina) oder auf den afrikanischen Kontinent. Ihre Fähigkeiten zur Krisenprävention und ziviler Konfliktbearbeitung sind trotz anderweitiger Deklaration begrenzt geblieben. Daraus haben Politikwissenschaftler*innen und Politiker*innen den Schluss gezogen, dass die EU „weltpolitikfähig“ werden müsse. Dem sollte nicht pauschal widersprochen werden. Es geht tatsächlich um die Erringung maximaler Souveränität gegenüber den Riesen USA und China, um eine Vorreiterrolle bei der ökologischen Transformation und um das Einbringen universeller Normen und Werte in die globale Auseinandersetzung um künftige gesellschaftliche Orientierungsmuster. Die EU soll sich dabei grundlegend an dem Ziel ausrichten, die Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen und die Institutionen einer Global Governance zu stärken. Also kein Multilateralismus à la carte, sondern aus Prinzip. Das sollte auch damit verbunden sein, die Fähigkeiten der UN zur Friedensicherung und Konfliktbewältigung weiterzuentwickeln.

Die EU wird in dem Maße progressiv handlungsfähig, wie sie ihre Vorbildwirkung auch durch den Ausbau zur Sozialunion und durch Programme für wohlfahrtsstaatliche Entwicklung ausprägt.

Die Vereinbarungen über einen „Green Deal“ und die Aufstellung eines auch gemeinschaftlich schuldenfinanzierten Recovery Funds in beträchtlichem Umfang sind Hoffnungszeichen, denen aber starke zentrifugalen Tendenzen gegenüberstehen, die die weitere Integration gefährden. Es wird daher nicht ohne „Koalitionen der Willigen“ und, was schwierig genug werden dürfte, nicht ohne enges Zusammenwirken Deutschlands mit Frankreich gehen. Harte Differenzen namentlich in der Afrika-Politik werden dabei zu überwinden sein.

Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat jüngst ein Buch über eine europäische Utopie (A. Assmann, „Der europäische Traum“, München, 2018) vorgelegt. Und sie hat sich Gedanken darüber gemacht, wie eine visionäre gesamteuropäische Erzählung aussehen könnte. Daran ist völlig richtig, dass es einer solchen Erzählung bedarf, um die kleinkrämerischen, mega-bürokratischen oder nationalen Ressentiments folgenden Grenzen und Hürden zu überwinden.

Nachdenken über

Kennzeichen D =

- Erwartungen an Deutschland
- Problem: Hypothek der Geschichte?
- Lehren strikt beachten!

:

Europa als globaler Akteur?

- Behauptung zwischen USA und RUS/China - Souveränität
- Neuer Konfrontation entgegentreten – Friedensmacht
- Vorreiterrolle bei der Nachhaltigkeit
- Demokratische Werte und Normen fördern

Probleme:

- Kohärenz vs. Fliehkräfte
- Liberale vs. Autoritäre Demokratien
- Das koloniale Erbe – die postkoloniale Realität
- Gefahr des Eurozentrismus
- Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit
- Selbstverteidigung? Interventionsmacht?



P.S., Folie 15

IV. LINKE Außenpolitik neu justieren

Ideen und Ratschläge für eine etwas andere Außenpolitik der LINKEN

- a. Komplexität der internationalen Prozesse wahrnehmen und berücksichtigen
- b. positive Vision entwickeln: Menschenrechte und das Völkerrechts als Dreh- und Angelpunkt.
- c. Das versch(r)obene Koordinatensystem neu bzw. eindeutig ausrichten -- Souveräne Haltung gegenüber USA, RUS/China
- d. Verhältnis zur Macht klären: Intervenieren, aber wie? Oben auf der Agenda: Diplomatie und die Kultur des Dialogs. Aber auch Einflussnahme!
- e. Verhältnis zum Einsatz von Gewalt klären: Einzelfallprüfung



Sofor Seminar 2021, Konfliktkonstellationen dt. Außenpolitik (Paul Schäfer), Folie 18

Mehr Realismus! Wenn man sich im Feld der Außenpolitik bewegt, wird man berücksichtigen müssen, dass wir es mit einer Vielzahl von Akteuren, dazugehörigen Interessen und Traditionen zu tun haben, auf die man in der Regel nur begrenzt Einfluss ausüben kann. Es ist daher wenig zielführend, sich nur von eigenen Wunschvorstellungen leiten zu lassen, Politik im luftleeren Raum quasi. Dies gilt für das Agieren in multilateralen Institutionen (NATO, EU, UNO) ebenso wie im bilateralen Verkehr zwischen Einzelstaaten. Wer die Internationalen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen will, braucht eine größtmögliche analytische Annäherung an die vorfindlichen Gegebenheiten und einen ziemlich langen Atem

Mehr Souveränität! Auch Linke neigen gelegentlich zu einer manichäischen Weltansicht. Die klare Einteilung der Welt in Gut und Böse erleichtert ja auch. Nur taugt ein solches Koordinatensystem mitnichten, um die heutige Weltlage zu erfassen. Was gebraucht wird, ist

- a) eine kritische Distanz zur liberalen Weltordnung kapitalistischer Prägung, weil wir doppelte Standards ablehnen und für eine solidarische, sozial gerechte Weltordnung eintreten, die auf anderen gesellschaftlichen Grundlagen und Ordnungsprinzipien aufbauen wird, Aber wir kämpfen für eine bessere, souveränere EU, weil das unsere Handlungsarena ist und wir hier die besten Voraussetzungen für eine andere Welt sehen.
- b) Eine eindeutige Ablehnung autoritärer, rückschrittlicher Herrschaftsformen. Die Aussage „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ mag imperialer Politik entsprechen, mit linker Politik hat sie nichts zu tun. Positionen, die sinngemäß auf „Feindschaft zu den USA“ und „Freundschaft mit Russland“ hinauslaufen. Sollten bei der LINKEN keinen Platz haben.

Die unmissverständliche Absage an undemokratische Mitglieder der Staatenwelt ist nicht misszuverstehen als Versuch, dorthin Demokratie und Menschenrechte exportieren zu wollen. Dieser Wandel muss im Kern von innen heraus kommen. Aber das alte hehre Prinzip der internationalen Solidarität gilt weiter: Was getan werden kann, um

emanzipatorische Akteure weltweit zu unterstützen, sollte auch getan werden..st ist nicht nicht länger akzeptabel. Zivilen Umgang und Kompromisse. heute ...

Unterscheidung von Ziel und Prozess! Es hilft wenig, nur jeweilige Maximalforderungen = (Langfrist-)Ziele aufzustellen und immer wieder einzufordern. Zu den Aufgaben einer realitätstauglichen Strategie gehört immer auch, aufzuzeigen, wie sich der Prozess dahin gestalten soll, mit welchen Schritten will man beginnen, wie soll es danach weitergehen, wer muss jeweils mit ins Boot gehievt werden usw. Warum eine Forderung im Wahlprogramm, dass es keine Waffenlieferungen in Krisengebiete oder autoritäre Staaten geben dürfe, mit dem Grundsatz Waffengeschäfte überhaupt verbieten zu wollen, kollidieren soll, wird „Normalsterblichen“ nicht zu vermitteln sein. Solch ideologischer Fundamentalismus führt nur dazu, dass sich eine linke Partei weiter von den Menschen und den Realitäten entfernt und nicht mehr ernst genommen wird.

Partei des Völkerrechts! Diese Feststellung wird auch im Parteiprogramm und in vielen Einzeldokumenten getroffen. Ein Meinungsstreit bei der Luxemburg-Stiftung im Vorfeld des Wahlkampfes hat indes offen gelegt, dass dieses Postulat nur bedingt von Allen geteilt wird. Eine Richtung sieht im Recht und Völkerrecht eher ein neokoloniales bzw. kapitalistisches Herrschaftsinstrument, auf das man sich bestenfalls punktuell oder taktisch beziehen dürfe. In der Tat ist der Doppelcharakter des Rechts (von K. Marx analysiert) nicht von der Hand zu weisen. Aber diese Sicht sollte nicht dazu führen, den Kampf um geltende Rechte (in der Regel Errungenschaften früherer Kämpfe) und um neue Rechtspositionen klein zu schreiben. Schon der französische Philosoph JJ. Rousseau hatte erkannt, dass gerade die Habennichts auf das Recht angewiesen sind. Eine weitere Differenz wird sichtbar, wenn der Menschenrechtskanon der Vereinten Nationen als eurozentristisch denunziert wird. Wenn die Universalität der UN-Konventionen in Frage gestellt wird, sind die Türen zu einem Kulturrelativismus geöffnet, der in Gefahr steht, „antiwestliche“ Politiken zu verklären und damit letztlich reaktionäre Praxis zu billigen. Die Missachtung bzw. Unterbelichtung der Menschenrechtsfrage ist auch ursächlich dafür, dass man sich in den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen auf der Seite der (vermeintlichen) Underdogs, die im systemischen Konflikt unserer Zeit als anti- oder weniger imperialistisch wahrgenommen werden, wiederfindet. Damit spätestens ist linker Politik die moralisch-normative Basis entzogen worden.

Positive Vision für Deutschland und Europa! Dies bedeutet, dass sich Die LINKE Gedanken machen muss, welche positive Rolle sie deutscher und europäischer Außenpolitik zuweisen will. Mit einer nur abweisenden, antiimperialistisch aufgewerteten Fundamentalopposition wird man bestimmte Minderheiten erreichen können, eine zukunfts- und mehrheitsfähige Programmatik ist auf dieser Grundlage nicht zu entwickeln. Der bereits erwähnte Versuch von Aleida Assmann eine europäische Utopie zu entwickeln mit den Schwerpunkten Friedenssicherung, Rechtsstaatlichkeit/Demokratie, kritische Erinnerungskultur und Menschenrechte könnte ein guter Ausgangspunkt auch für europapolitische Überlegungen der LINKEN sein.

Politisch gestalten wollen!

In der begründbaren Ablehnung imperialer und neokolonialer Politiken neigt die LINKE dazu, .allen Formen internationaler Einmischung und Machtausübung eine Absage zu erteilen. Um genau zu sein: Sie schwankt zwischen harten Sanktionsforderungen gegen besonders missliebigen Regimen (Türkei) und der Betonung größtmöglicher Zurückhaltung gegenüber Staaten und Machthabenden, die man eher als Opfer westlicher Kampagnen sieht.

Dabei bleibt offen, welche Instrumente internationaler Politik man überhaupt in Betracht ziehen will. Nur Erklärungen oder Resolutionen? Ausschließlich Diplomatie? Die UN-Charta und die gewohnheitsrechtliche Praxis sieht aus guten, Gründen, die auch aus geschichtlichen Erfahrungen abgeleitet sind, ein breiteres Spektrum an Einwirkungsmöglichkeiten vor: Friedliche Streitbeilegung durch diplomatische Vermittlung, die politische Isolierung von internationalen Gesetzesbrechern, eher defensive Zwangsmittel wie Handels- oder Waffenembargos, militärische Einsätze im Einklang mit den Konfliktparteien (Blauhelme) aber auch militärische Erzwingung durch kämpfende Verbände als äußerstes Mittel. Die Anwendung der Mittel hat sich nach den Grundsätzen der Verhältnis- und Zweckmäßigkeit zu richten. Und es ist auf maximale Einmütigkeit der Vereinten Nationen zu

achten. Ein verengter Blick auf die Mittel und Instrumente führt im übrigen an keiner Stelle weiter. Entscheidend ist die jeweilige Ziel-/Mittel-Dialektik. Dann geht es um die Frage, was, mit welchen Mitteln erreicht werden kann. Das gilt auch für den Einsatz militärischer Gewalt.

Selbst im Bereich der allgemeinen wirtschaftlicher Beziehungen spielen Machtfragen eine Rolle. Dies zu leugnen erscheint weltfremd. Die Frage ist ergo nicht, dass Macht - also Andere zur Änderung ihrer Politik zu bringen – angewendet wird, sondern wofür, von wem und mit welchen Ergebnissen. Es ist zutreffend angesichts der ungleich verteilten Macht auf dem Globus Maßnahmen transnationaler Machtausübung mit Skepsis zu begegnen. Sich gegen die Niederhaltung der Schwachen zur Wehr setzen zu wollen, ist mehr als berechtigt, Aber eine prinzipielle Nichteinmischung zu befürworten, ist nicht die geeignete Antwort darauf, dass es ständigen Machtmissbrauch gibt. Sanktionen können kontraproduktiv, unverhältnismäßig und gnadenlos sein (umfassende Wirtschaftssanktionen etwa) und wären daher zu verurteilen. Andere erscheinen jedoch unverzichtbar. Das Einfrieren von Konten und Einschränkungen von Reisemöglichkeiten von Putschgenerälen bspw.

Auch die Konditionierung von Wirtschaftshilfe ist ein kompliziertes Feld, das genauer Untersuchung bedarf. Aber was spricht dagegen, die Aushändigung von Krediten oder Finanzhilfen daran zu binden, dass der kreditnehmende Staat sich verpflichtet, einen angemessenen Teil seiner Staatsausgaben für die Armutsbekämpfung und für Öffentliche Daseinsvorsorge statt Rüstungskäufen auszugeben? Solche Vereinbarungen hat es gegeben. Wir bräuchten viel mehr davon..

Nur am Rande sei erwähnt: Selbst die grundsätzlich zu gewährende „humanitäre Hilfe“ ist in den meisten Fällen „konditioniert“! Die jetzt dringlich aufzubringende Hilfe für die notleidende Bevölkerung in Afghanistan wird nicht darin bestehen, dass die Hilfsorganisationen ihre Lieferung am Flughafen Kabul abstellen und den Rest den per Gewalt an die Macht gekommenen Taliban überlassen. Man wird sicherstellen wollen, dass die Hilfe auch die Bedürftigen erreicht und nicht für politische Herrschaftszwecke (Korruption) missbraucht wird. Darüber gibt es jeweils harte Aushandlungsprozesse, in denen geregelt wird, wer was wohin liefern darf. Das kann man getrost als Einmischung in innere Angelegenheiten ansehen.

Die Priorisierung diplomatischer Instrumente, des Dialogs, im Rahmen linker Politik darf niemals in Frage gestellt werden. Aber wer etwas durchsetzen will, also politisch gestalten will, wird sich eines breiteren Handwerkskastens bedienen wollen.

Militäreinsätze? Einzelfallprüfung!

Eine eiserne Position der LINKEN besteht darin, militärische Interventionen a priori und grundsätzlich abzulehnen. D.h. für die Öffentlichkeit und politische Konkurrenten leider auch, dass man sich mit den konkreten Ablehnungsargumenten nicht mehr auseinandersetzen muss. Diejenigen, die gerne etwas differenzieren möchten, verweisen darauf, dass man doch nur Kriegs- oder Kampfeinsätze abweisen solle und bei anderen Militäreinsätzen, welcher Art auch immer, im Einzelfall entscheiden möge. Auch hier bleibt Vieles offen. Klar ist, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf und jegliche Gewalt zwischen Staaten geächtet ist. Die Bundesrepublik ist als Mitglied der Vereinten Nationen strikt daran gebunden (Artikel 25 GG). Ebenso kategorisch gilt der Artikel 26 des Grundgesetzes, wonach eine Beteiligung Deutschlands an Angriffskriegen verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen ist.

Ausnahmen vom Gewaltverbot regelt die UN-Charta. Recht auf Selbstverteidigung und vom UN-Sicherheitsrat ermächtigte Einsätze zur Wiederherstellung des Friedens. Der Begriff „Kampfeinsatz“ kommt dabei nicht vor. Er ist diesbezüglich kein rechtlich handhabbarer Begriff und er führt in die Irre. Es wäre schlicht paradox einen Kampfverband loszuschicken mit der Maßgabe, Waffen unter keinen Umständen zu erlauben. Und selbst bei Blauhelmeinsätzen zur Überwachung eines Waffenstillstandes können Situationen auftreten, die den Gebrauch der Waffen zwingend erforderlich macht. Völkerrechtlich geht es darum, ob es um *legitime* und zielführende Gewaltanwendung geht – oder eben nicht. Ob dies zutrifft hängt davon ab, ob der Militäreinsatz von der UN beschlossen wurde, ob das Mandat begrenzt und tragfähig ist u.v.m. Über diese konkreten Kriterien muss gestritten werden.

Grundsätzlich sollte gelten:

- Interventionen können schlimme Wirkungen haben, schlimmstenfalls verbrecherisch sein; Nicht-Interventionen aber auch. Unterlassung von (möglichen) Hilfeleistungen ist völlig zu Recht nicht nur hierzulande strafbewehrt.
- Die Erfahrungen insbesondere der letzten drei Jahrzehnte haben die Vorstellung, man könne mit Soldaten demokratische Staaten und Gesellschaften aufbauen, ad absurdum geführt und gezeigt, dass es ratsam ist, militärische Gewalt nur in extremen Ausnahmefällen anzuwenden.
- Die christlichen Kirchen haben in ihren Denkschriften zum „gerechten Frieden“ verbindliche Kriterien für Bundeswehr-Beteiligungen an internationalen Militäreinsätzen formuliert; eine am Hamburger Friedensforschungsinstitut (IFSH) angesiedelte Kommission hat schon vor Jahren noch restriktivere Bedingungen zu Papier gebracht.

Sich an diesen Positionsbestimmungen zu orientieren wäre sachgerecht, vernunftgeleitet, moralisch vertretbar.

Die Abstimmung der Bundestagsfraktion der LINKEN zur Evakuierung afghanischer Ortskräfte am 25. August 2021 hat das ganze Dilemma eines abstrakter Prinzipienreiterei bloßgelegt.

- Wer gerne auf dem hohen moralischen Ross sitzt (Die LINKE als „einzige Friedenspartei“), aber versagt, wenn es um konkrete humanitäre Hilfeleistungen geht, hat sein moralisches Ansehen schwer beschädigt.
- Wer relevante Entscheidungen im Bundestag aufgrund von internen Zwängen (Beschlusslagen, Geschlossenheit wahren) statt von der Sache her angeht, hat Vertrauen verspielt und darf nur eingeschränkt als politisch handlungsfähig gelten.
- Dass die Nichtzustimmung zu dem humanitären Bundeswehreinsatz die LINKE aus sämtlichen Mitregierungsüberlegungen ausgeschlossen hat, dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass die Partei unter die Fünfprozentmarke gerutscht ist! Die meisten Menschen wollen mit ihrer Stimmabgabe auch tatsächlich etwas bewegen und auf die Regierungsbildung Einfluss nehmen. Wenn eine Partei sich aus diesem Kräftespiel weitestgehend herauslöst, gibt es einen gewichtigen Grund mehr, sie nicht zu wählen

Wenn Die LINKE also Politikfähigkeit und Vertrauen wieder erlangen will, wird sie gar nicht umhin können, die Fessel, die ihr das bisherige Programm auferlegt, abzuwerfen und sich für eine neue, rationale Friedenspolitik zu entscheiden.

Dass ein rigoroser Anti-Standpunkt nicht weiterführt, hat auch die Verlegenheit gezeigt, in die die LINKE (nicht zum ersten Mal) beim Bundeswehr-Einsatz zur Bewältigung der Flutkatastrophe an Ahr und Erft geriet. Während der Fraktionsvorsitzende den eingesetzten Soldat*innen dankt, ist unverkennbar, dass die LINKE eigentlich diese Amtshilfe ablehnt und dies nur nicht laut sagt, weil man weiß, dass eine solche Position nicht populär, ja, nicht vermittelbar ist. Die Rechtslage ist im übrigen völlig klar. Diese Amtshilfe (ohne Waffengewalt) ist im Rahmen des Grundgesetzes gedeckt. Auch von der Sache her spricht nichts dagegen, dass man bestehende Großverbände, die über geeignete Hilfsmittel verfügen, auch für Aufräumarbeiten, Brücken bauen etc. zum Einsatz bringt. Dies galt auch für die Hilfe von Streitkräfteangehörigen bei der Corona-Bekämpfung. Niemand wird für solche Notfälle ein personell beträchtlich aufzustockendes professionelles Personal des THW bezahlen wollen, dass nur für solch sporadische Einsätze vorgehalten werden müsste. Und leider wird uns das Thema Katastrophenschutz die nächsten Jahre begleiten.

Statt an untauglichen Dogmen festzuhalten, wäre es für Die LINKE ratsam, ein neues Konzept zur Reform der Streitkräfte entwickeln, das eine Bundeswehr mit verringerter Personalstärke, geringeren Kosten und strukturell nichtangriffsfähig vorsieht. Einsätze im Inneren sind strikt auf unbewaffnete Katastrophenhilfe zu begrenzen. Inwieweit die Bundeswehr bei vertretbaren UN-Blauhelmeinsätzen helfen kann und helfen sollte, wäre eingehend zu diskutieren.